

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 4.-7. März

(Stand: 07.03., 15:30 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
-
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir halten die Dokumente dann fortlaufend aktuell.

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167129.

Jobangebote für Flüchtlinge in den Nachbarländern der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in den ukrainischen Nachbarstaaten zu vermitteln. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropas im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Briefings zu den Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine auf die Wirtschaft

Auch in der laufenden Woche gibt es eine Reihe von Briefings, die der Ost-Ausschuss und andere Organisationen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges anbietet. Mehr dazu finden Sie unter Terminen. Aktuell in Planung ist für diesen Mittwoch, 9. März, ab 11:30 Uhr, auch ein Briefing der Bundesministerien. Weitere Informationen leiten wir dazu weiter, sobald verfügbar.

Finanzhilfen:

Lindner kündigt Unterstützung für Firmen an

Bundesfinanzminister Christian Lindner will Unternehmen unter die Arme greifen, denen wegen Sanktionen gegen Russland die Pleite droht. „Denkbar sind gezielte Hilfen für

Unternehmen, die in ihrer Existenz gefährdet sind“, sagte der FDP-Chef dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). „Entgangene Gewinne werden wir aber nicht ausgleichen könnten“, betonte der Finanzminister.

Die FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann hält solche Hilfen ebenfalls für möglich. „Wir haben bereits in der Pandemie viele Milliarden Euro in die Hand genommen, um die Wirtschaft zu stützen“, sagte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages dem RND. „Aber es wird nie eine Vollkaskoversicherung für alle Eventualitäten geben können“, fügte sie hinzu. Der deutsche Staat werde diese wirtschaftlichen Folgen „ganz sicher nicht komplett kompensieren können“.

2. Terminübersicht

8. März: Briefing des wiiw

Russia's invasion of Ukraine – what can the West do?
with Stephanie Fernkart, Hlib Vyshlinsky, Michael Landesmann and Olga Pindyuk
Date: Tuesday, 8 March 2022, 15:00-16:00 CET
This is an online event via Zoom.

REGISTER

Registration link:

https://us06web.zoom.us/webinar/register/WN_q8bV5fEjRKmANEsEcsGGnA

8. März: Bundeszentrale für politische Bildung: Politikstunde „Krieg gegen die Ukraine - Was treibt Putin an?“

Die 53. Politikstunde über Motive und Hintergründe des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, die Person Putin und die herrschenden Eliten in Russland und die Frage, welchen Ausweg es aus dem Konflikt geben kann // Mit Prof. Dr. Hans-Henning Schröder // Morgen, 08.03.2022, um 11:00 Uhr // Livestream unter www.bpb.de/politikstunde und auf dem [YouTube-Kanal](#)

9. März: ONLINE-EVENT: DECKUNGSPRAXIS RUSSLAND UND BELARUS VON 08:30 - 09:30 UHR

Wir werden Sie in einem wöchentlichen Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis informieren und Ihre Fragen beantworten.

Am 9. März 2022 ab 08:30 begrüßen Sie

- Vertreterinnen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz
- Felix Brücher, Head of Department Market & Commercial Underwriting, Euler Hermes AG
- Jan-Philipp Apking, Head of Division Underwriting & Risk Management, Euler Hermes AG
- Michael Huber-Saffer, Partner, Investitions Garantien des Bundes, PricewaterhouseCoopers GmbH.

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Bitte zögern Sie nicht, bei Fragen direkt mit uns in Kontakt zu treten. Unter der Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail info@exportkreditgarantien.de erreichen Sie Ihren Ansprechpartner zu grundsätzlichen Fragestellungen für Ihre Exportabsicherung.

Um Sie über die aktuellen Entwicklungen unterrichtet zu halten, melden Sie sich bitte einmalig zu unserem Newsletter an:

[Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

11. März: Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Ukraine am 11. März, 10 - 11:00 Uhr

Für den 11. März 2022 von 10:00 bis 11:00 Uhr laden wir interessierte Unternehmen zu einem Briefing zur aktuellen Lage der ukrainischen Wirtschaft und Unternehmen im Land ein. Dazu konnten wir unter anderem Dmytro Los gewinnen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ukrainian Business and Trade Association und Wirtschaftsberater der Stellvertretenden Vize-Premierministerin der Ukraine, Olha Stefanyschina.

Wir möchten die Veranstaltung auch dazu nutzen, um konkrete Petita zu sammeln, die in der Ukraine aktive Unternehmen aktuell beschäftigen, um diese an die Bundesregierung adressieren zu können.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Bei Interesse melden Sie sich gerne bei Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

11. März: Online-Briefing zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, 13:00 – 14:30 Uhr

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland des Ost-Ausschusses möchten Sie aus gegebenem Anlass zu einer Online-Veranstaltung via Teams zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 11. März 2022, 13:00 - 14:30 Uhr MEZ einladen.

Das Programm der Veranstaltung finden Sie [hier](#). Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Für Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (c.schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

15. März: Online-Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Zentralasien, 9:00 – 10:30 Uhr

Hiermit möchten wir Sie gerne an die Einladung zu unserer virtuellen Sitzung des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft erinnern. Diese Online-Sitzung findet am 15. März 2022 von 09:00 Uhr bis 10:30 Uhr statt.

Aus gegebenem Anlass wollen wir im Rahmen unserer Sitzung den Fokus neben den Januar-Ereignissen in Kasachstan, auch auf die derzeitige Situation in der Ukraine und die möglichen Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf Zentralasien legen. Hierzu werden Botschafterin Monika Iwersen und der Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien Hovsep Voskanyan Impulse liefern. Wie gewohnt werden Sie auch die Gelegenheit haben, sich mit Vertretern der Bundesregierung und den Unternehmenskollegen und -kolleginnen zur aktuellen Lage auszutauschen.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Bei Interesse melden Sie sich gerne bei Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oa-ev.de

3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 5. März)

Am Wochenende wurden keine neuen Sanktionen mehr beschlossen. Die EU-Kommission hat aber neue Hinweise zum weiteren Umgang mit den EU-Sanktionen gegen Russland veröffentlicht:

Um der Wirtschaft die Einhaltung der restriktiven Maßnahmen zu erleichtern, ist die Generaldirektion GD FISMA bestrebt, so schnell wie möglich weitere Leitlinien zur Verfügung zu stellen. Vorläufig empfehlen wir, sich an den Leitlinien der Kommission zur Durchführung bestimmter Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 zu orientieren.

[Commission guidance note on the implementation of certain provisions of Regulation \(EU\) No 833/2014 \(europa.eu\)](#)

Außerdem hat die Kommission eine spezielle Mailbox eingerichtet, in der Fragen und Rückmeldungen gesammelt werden: EC-RUSSIA-SANCTIONS@ec.europa.eu.

Die Beiträge und die Priorisierung, die die Interessengruppen zu den Fragen geben können, werden es der GD FISMA ermöglichen, schneller zu reagieren und spezifischere Leitlinien zu erstellen, die besser auf die Herausforderungen zugeschnitten sind, mit denen die Unternehmen derzeit konfrontiert sind.

Tagesspiegel:

Von der Leyen kündigt Paket gegen Energieabhängigkeit an

Die EU-Kommission wird nach Angaben ihrer Chefin Ursula von der Leyen an diesem Dienstag Vorschläge für eine schnelle Abkopplung der EU von russischen Energielieferungen vorstellen. Konkret werde es darum gehen, die Versorgung über zuverlässige Lieferanten außerhalb Russlands sicherzustellen. Schwerpunkt dabei sollen Flüssiggas (LNG) und Pipelinegas sein, da die dafür benötigte Infrastruktur in Zukunft auch mit umweltfreundlichem Wasserstoff genutzt werden könnte. Zudem soll es Investitionen in den Ausbau von erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind und Wasser sowie in die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und Industrieprozessen geben. Um vom derzeitigen Energiepreisanstieg besonders betroffene Haushalte und Unternehmen zu schützen, könnte es neue Unterstützungsmaßnahmen geben.

T-Online

[G7-Staaten kündigen "weitere scharfe Sanktionen" gegen Russland an \(t-online.de\)](#)

Die G7-Staaten haben ein sofortiges Ende des russischen Angriffs auf die Ukraine gefordert und mit weiteren harten Sanktionen gedroht. Die Außenminister der Staatengruppe erklärten am Freitag nach einer Sondersitzung in Brüssel, Russlands Einmarsch in das

Nachbarland sei ein "eklatanter Verstoß gegen die Grundsätze des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie gegen das Völkerrecht".

Als Reaktion "auf die russische Aggression", die durch die belarussische Regierung ermöglicht worden sei, werde die G7-Gruppe "weitere strenge Sanktionen verhängen", hieß es in einer vom Auswärtigen Amt in Berlin veröffentlichten gemeinsamen Erklärung. Russland müsse "unverzüglich seinen fortdauernden Angriff gegen die Ukraine beenden", der sich "dramatisch auf die Zivilbevölkerung" auswirke und zivile Infrastruktur zerstöre. Zudem zeigten sich die G7-Minister entschlossen, "Russlands Desinformationskampagne entgegenzuwirken".

Reaktion auf Beschuss von Atomkraftwerk

Insbesondere forderten die G7-Minister Russland auf, seine Angriffe im unmittelbaren Umfeld der ukrainischen Kernkraftwerke einzustellen. "Jeder bewaffnete Angriff und jede Bedrohung gegen zu friedlichen Zwecken genutzte Atomkraftanlagen" stelle einen Verstoß gegen die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und gegen das Völkerrecht dar.

Die Außenminister reagierten damit auf den Beschuss des Atomkraftwerks Saporischschja, das dadurch in der Nacht in Brand gesetzt worden war. Inzwischen ist Europas größtes Atomkraftwerk in russischer Hand.

Auch EU droht weitere Sanktionen an

Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen drohte Russland mit weiteren "harten Sanktionen", sollte Kreml-Chef Wladimir Putin den von ihm angeordneten Angriffskrieg in der Ukraine nicht beenden. "Wir sind entschlossen, wir sind vereint", sagte sie an der Seite von US-Außenminister Antony Blinken.

Blinken sagte, die USA und ihre europäischen Verbündeten müssten ihren Druck auf Russland aufrechterhalten, bis der Krieg beendet sei. "Tragischerweise" müssten alle damit rechnen, dass der Krieg nicht so bald vorbei sei, sagte Blinken. Deshalb brauche es weiteren Druck, „bis er aufhört“.

Tägliche Neuentwicklungen des EU-Rechts können Sie im EU-Amtsblatt verfolgen:
[Amtsblatt der Europäischen Union - EUR-Lex \(europa.eu\)](https://eur-lex.europa.eu)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:
[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org)

4. Russland-Gegensanktionen

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete am 5. März ein Dekret „über vorübergehende Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern“, so der Pressedienst des Kremls. Es geht dabei um die Aufstellung einer Liste ausländischer Staaten, „die feindselige Handlungen gegen die Russische Föderation, russische juristische und natürliche Personen begehen“, heißt es in dem Dokument.

Russische Unternehmen werden das Recht haben, Schulden bei Gläubigern aus Ländern, die „unfreundliche Handlungen“ begehen, in Rubel zu bezahlen, so die Agentur.

„Das durch diesen Erlass festgelegte Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gilt für die Erfüllung von Verpflichtungen in Höhe von mehr als 10 Millionen Rubel pro Kalendermonat oder in Höhe des Gegenwerts dieses Betrags in ausländischer Währung zum offiziellen Wechselkurs der Zentralbank der Russischen Föderation, der am 1. eines jeden Monats festgelegt wird“, zitiert Interfax das vom Präsidenten unterzeichnete Dokument.

Wie die Agentur erklärt, hat der Schuldner das Recht, die für die Zahlung an die Gläubiger bestimmten Mittel auf ein „Konto vom Typ C“ zu überweisen, das für die Erfüllung dieser Verpflichtungen bestimmt ist. Das „C-Konto“ wird in Rubel geführt“, heißt es in dem Erlass.

Die Länderliste ist inzwischen veröffentlicht worden. Neben den Ländern der Europäischen Union, stehen auf ihr 21 weitere Länder von Australien bis Japan. Hier finden Sie die Liste:

[Кабмин утвердил перечень недружественных России стран и территорий - Политика - ТАСС \(tass.ru\)](#)

Der russische Präsident unterzeichnete am 6. März ein neues Dekret für Regeln für Geschäfte mit ausländischen Unternehmen in Ländern und Gebieten, die Russland nicht freundlich gesinnt sind

Alle Transaktionen und Geschäfte russischer Unternehmen mit Staatsangehörigen und Firmen aus Ländern, die Russland nicht freundlich gesinnt sind, müssen von der Rechtskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen genehmigt werden. Ein Erlass zur Einführung eines solchen Verfahrens wurde von Premierminister Michail Mischustin unterzeichnet.

Dem Dokument zufolge muss ein in Russland ansässiges Unternehmen oder ein ausländisches Unternehmen aus nicht befreundeten Ländern die Genehmigung für die Transaktion beantragen. Er muss ausführliche Informationen über den Antragsteller enthalten, einschließlich eines Dokuments über die wirtschaftlichen Eigentümer des Unternehmens.

Auf der Grundlage einer Analyse der eingegangenen Unterlagen und der Art der künftigen Vereinbarung wird eine Entscheidung über die Genehmigung oder Ablehnung der Transaktion getroffen. Es kann eine Genehmigung für das Geschäft mit den Bedingungen für seine Durchführung erteilt werden.

Der Hauptzweck dieser Arbeit besteht darin, die finanzielle Stabilität des Landes angesichts des externen Sanktionsdrucks zu gewährleisten.

Der Erlass wurde zur Umsetzung des Erlasses Nr. 81 des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 1. März 2022 "Über zusätzliche vorübergehende wirtschaftliche Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Russischen Föderation" verabschiedet.

Mit einem separaten Erlass hat Michail Mischustin die Zusammensetzung des Rechtsausschusses für die Kontrolle ausländischer Investitionen erweitert. Ihm gehören Vertreter der Zentralbank und der Präsidentsverwaltung an.

[Документы - Правительство России \(government.ru\)](https://www.government.ru)

Bereits am 2. März hatte Wladimir Putin ein Dekret über zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Finanzstabilität in Russland unterzeichnet (wir berichteten).

Hier eine Meldung von Tass dazu:

Russland hat demnach seit dem 2. März ein spezielles Verfahren für Transaktionen für ausländische Unternehmen eingeführt, die mit Staaten verbunden sind, die unfreundliche Handlungen gegen Russland und seine Bürger begehen (siehe Liste oben). Die neuen Maßnahmen betreffen Transaktionen mit auf Rubel lautenden Darlehen und Krediten an solche ausländischen Personen sowie Transaktionen mit "Eigentum an Wertpapieren und Immobilien".

Es wird präzisiert, dass solche Geschäfte „auf der Grundlage einer von der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation erteilten Genehmigung durchgeführt (ausgeführt) werden können“. Erforderlichenfalls können diese Genehmigungen Bedingungen für die Durchführung von Transaktionen enthalten.

Dabei können diese Personen auf der Grundlage von Genehmigungen, die von der Zentralbank in Abstimmung mit dem Finanzministerium der Russischen Föderation erteilt werden und bestimmte Bedingungen enthalten, Wertpapiergeschäfte im organisierten Handel tätigen.

Dieses Dekret gilt auch für Geschäfte mit Ausländern aus anderen Ländern, wenn diese nach dem 22. Februar 2022 Aktien oder Immobilien von Vertretern unfreundlicher Länder kaufen.

Auf der Grundlage von Beschlüssen der gleichen Regierungskommission können in Russland ansässige Personen Devisen auf ausländische Konten überweisen. In Russland ansässigen

Personen wurde untersagt, Devisen auf Bankkonten außerhalb des Landes einzuzahlen und Devisen an Nichtansässige zu verleihen. Die Entscheidung ist seit dem 1. März in Kraft.

Das neue Dokument korrigiert diese Maßnahmen und erlaubt auch solche Transaktionen mit der Genehmigung einer Regierungskommission. Die Regierung ist angewiesen worden, innerhalb von fünf Tagen das Verfahren für die Erteilung der für diese Transaktionen erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass Kreditinstitute das Recht haben, Gelder in Fremdwährung auf Korrespondenzkonten bei gebietsfremden Banken zu überweisen, sofern die in dem Erlass festgelegten Beschränkungen eingehalten werden.

Darüber hinaus sieht das Dokument ein Verbot der Abhebung von Bargeld in ausländischer Währung in Höhe von mehr als 10.000 US-Dollar aus Russland vor. Das Dokument wird am Tag seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft treten.

Bekämpfung des Sanktionsdrucks

Wie es in der Präambel des Dekrets heißt, wurden die Entscheidungen „aufgrund der völkerrechtswidrigen Handlungen der USA und ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die sich ihnen angeschlossen haben“ getroffen. Bei den fraglichen Maßnahmen handelt es sich um die Beschränkungen, die sie für russische Bürger und juristische Personen eingeführt haben.

Um die nationalen Interessen Russlands zu schützen und die finanzielle Stabilität des Landes zu gewährleisten, beschloss das Staatsoberhaupt, „zusätzliche vorübergehende wirtschaftliche Maßnahmen“ zu ergreifen.

Zuvor hatte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Präsidialdekret angekündigt, mit dem vorübergehende Beschränkungen für den Rückzug ausländischer Unternehmen aus russischen Vermögenswerten eingeführt werden sollen. Nach Ansicht des Kabinettschefs würde diese Maßnahme ausgewogene Entscheidungen ermöglichen, da sich ausländische Unternehmer in der derzeitigen Sanktionssituation nicht von wirtschaftlichen Faktoren, sondern von politischem Druck leiten lassen müssen.

Dokument auf der Kreml-Seite:

[Указ о дополнительных временных мерах экономического характера по обеспечению финансовой стабильности России • Президент России \(kremlin.ru\)](#)

Weitere Meldungen aus/über Russland:

Die größte russische Airline Aeroflot setzt ab morgen alle Auslandsflüge aus. Man habe die Entscheidung „im Zusammenhang mit dem Eintritt zusätzlicher Umstände getroffen, die die Durchführung von Flügen behindern“, heißt es in einer offiziellen Mitteilung. Die Annullierung gelte auch für die Aeroflot-Töchter Rossiya, Pobeda und Aurora, hieß es. Ausgenommen davon sei lediglich Belarus. Aeroflot versprach zudem „maximale Anstrengungen“ zu unternehmen, um die Rückkehr der Passagiere, die nach dem 8. März im Ausland bleiben, nach Russland zu organisieren. Quelle (RU)

Visa und Mastercard setzen als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine ihre Geschäfte in Russland vorübergehend aus. Ab dem 10. März werden in Russland ausgestellte Karten der beiden Anbieter nicht mehr im Ausland funktionieren. Auch Kreditkarten, die außerhalb des Landes ausgestellt wurden, könnten dann in Russland nicht mehr eingesetzt werden. Russen im Ausland sollten jetzt noch rasch Geld mit den Karten abheben oder größere Ausgaben bezahlen, teilte die russische Zentralbank mit. Als eine Reaktion erwägen viele russische Banken nun, das chinesische Kreditkartensystem Unionpay zu nutzen und wollen kurzfristig entsprechende Karten an ihre Kunden ausgeben. Quelle (RU)

Aus Protest gegen Putins Einmarsch in die Ukraine will der Düsseldorfer Henkel-Konzern absehbar kein Geld mehr in seine russischen Standorte investieren. Sämtliche Sponsoring-Aktivitäten in dem Land werden eingestellt, außerdem soll es in staatlichen russischen Medien keine Henkel-Werbung mehr geben.

[Süddeutsche Zeitung](#)

Die russische Luftfahrt zerfällt

Bis Ende des Monats wollen ausländische Leasingunternehmen rund 600 Flugzeuge aus Russland abziehen. Auf Dauer werden die russischen Fluggesellschaften ihren Flugbetrieb so nicht aufrechterhalten können.

Am Freitagvormittag geschah Ungewöhnliches im polnischen Luftraum. Um kurz nach zehn Uhr Ortszeit tauchte dort ein Airbus A321 der russischen Fluggesellschaft Aeroflot auf. Bei Warschau drehte das gut vier Jahre alte Flugzeug mit der Registrierung VP-BKJ Richtung Süden ab und begann kurz vor der ungarischen Grenze, aus der Flughöhe von 36 000 Fuß (etwa 12 000 Meter) zu sinken. Um 11.11 Uhr landete der Airbus in Budapest.

Seit dem Sonntag vergangener Woche ist der Luftraum der Europäischen Union für russische Flugzeuge eigentlich gesperrt. Die Maßnahme ist Teil der internationalen Wirtschaftssanktionen, die Druck auf die russische Regierung ausüben sollen, den Krieg in der Ukraine schnellstmöglich zu beenden. Ausgenommen sind nur einige wenige Verbindungen, mit denen Russen in die Heimat geholt werden sollen. Kein Zufall war wohl, dass Aeroflot genau dieses Flugzeug nach Budapest geschickt hat. Es gehört der russischen Sberbank Leasing. Es bestand deswegen keine Gefahr, dass es im Ausland beschlagnahmt werden würde.

Aeroflot ist aus den Systemen der Buchungsdienstleister rausgeflogen

Das kann man für knapp 600 andere Flugzeuge, die die russischen Fluggesellschaften normalerweise einsetzen, nicht behaupten. Leasingverträge für Flugzeuge fallen unter die Sanktionen für westliche Technologie und müssen der EU zufolge umgehend gekündigt werden. Bis zum 28. März, also in gut drei Wochen, sollen alle Maschinen beschlagnahmt oder ausgeflogen worden sein. Damit wären russische Airlines, die traditionell stark auf Leasing setzen, mit einem Schlag einen Großteil ihrer Flotte los. Hinzu kommt: Die IT-Dienstleister Sabre und Amadeus, die die Buchungskapazitäten praktisch aller Airlines auf ihren Systemen vertreiben und damit Reisebüros und Online-Portalen zugänglich machen, haben die staatliche Aeroflot aus dem Programm genommen. Wegen des Ukraine-Krieges zerfällt die russische Zivilluftfahrt, zumindest in der Theorie.

Wie die Praxis aussehen wird, muss sich erst noch zeigen. Die westlichen Leasingfirmen befürchten, dass die nächsten Monate, vielleicht sogar Jahre, sehr unerfreulich sein werden. Es sei denkbar, dass sie in großem Stil Abschreibungen vornehmen müssten, weil sie an die Maschinen de facto nicht herankämen oder die Jets am Ende in so jämmerlichem Zustand seien, dass ihre Reparatur nicht mehr wirtschaftlich sei, schrieb Jamie Baker, Analyst bei der Investmentbank JP Morgan.

Die Befürchtungen beziehen sich auch auf eine Äußerung des russischen Wirtschaftsministeriums. Die Behörde hatte mitgeteilt, sie werde alles versuchen, um die Flugzeuge im Land zu halten, und sie zur Not "verstaatlichen", was auch immer das genau bedeutet. Die russische Regierung könnte, so befürchten westliche Leasing-Firmen, den russischen Airlines schlicht verbieten, die Flugzeuge zurückzugeben.

Alternativen zu Flugzeugen aus dem Westen haben die russischen Fluglinien kaum

Die Liste der nahenden Probleme ist lang. Auf ihr steht unter anderem der Versicherungsschutz, der nach dem denkbaren Bruch der Verträge nicht mehr gültig wäre. Vor allem aber haben alle westlichen Hersteller angekündigt, keine Ersatzteile mehr zu liefern oder Reparaturen anzubieten. Üblicherweise stellen Airlines in einer solchen Lage einen Teil ihrer Maschinen auf den Boden und nutzen sie als Ersatzteillager, zu beobachten ist das seit Jahrzehnten im mit Sanktionen belegten Iran. Damit können die Fluggesellschaften den anderen Teil der Flotte länger fliegen lassen. Allerdings wird es auf jeden Fall unmöglich sein, auch nur die Inlandsflüge im gegenwärtigen Umfang aufrechtzuerhalten.

Alternativen haben die russischen Fluglinien kaum. Der Sukhoi Superjet ist zu klein und wird nur in geringen Stückzahlen gebaut, zudem hat er zahlreiche Komponenten, die von westlichen Lieferanten beigesteuert werden. Eine russifizierte Version soll erst 2023 zugelassen werden. Der russische Airbus A320-Konkurrent MC-21 durchläuft gerade sein Testprogramm mit heimischen Triebwerken und soll erst 2024 erstmals ausgeliefert werden.

Fraport lässt die Aktivitäten in St. Petersburg ruhen

Wie auch in anderen Branchen stellen sich in der Luftfahrt viele Investoren mittlerweile die Frage, wie sie überhaupt jemals wieder in Russland Geschäfte machen können und wie sie das Geld, das sie bis jetzt dort ausgegeben haben, wieder zurückholen können. Der Flughafenbetreiber Fraport etwa ist mit 25 Prozent an dem Konsortium Northern Capital Gateway beteiligt, das den Flughafen Pulkowo von St. Petersburg betreibt. Nun teilte Fraport mit, man lasse "die Geschäftsaktivitäten in St. Petersburg ruhen". "Der Angriff russischer Streitkräfte auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen", sagte Vorstandschef Stefan Schulte. "Wir verurteilen diesen Krieg als das, was er ist: ein bewaffneter Angriff auf einen souveränen Staat und dessen Volk, ein klarer Bruch des Völkerrechts, der unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine bringt."

Ähnliche Themen haben auch andere. Boeing etwa betreibt ein großes Trainingszentrum in Moskau, zudem ein Büro für Ingenieursdienstleistungen. Auch Airbus hat kleine Gemeinschaftsunternehmen mit russischen Partnern. Und wie wird die Sky-Team-Allianz, der auch Delta Air Lines und Air France-KLM angehören, künftig mit ihrem Mitglied Aeroflot umgehen?

Der Aeroflot-Airbus ist übrigens dann nach gut zwei Stunden am Boden um 13.27 Uhr Ortszeit in Budapest gestartet und nach knapp zweieinhalb Stunden wieder in Moskau gelandet. Viele solcher Flüge wird er wohl nicht mehr absolvieren können.

5. Sanktionen der USA

US-Außenminister Antony Blinken hat wegen der weiteren Eskalation des Ukraine-Kriegs neue Strafmaßnahmen gegen Russland ins Spiel gebracht: Washington berate mit europäischen Verbündeten über einen möglichen Importstopp für Öl aus Russland. "Wir sprechen jetzt mit unseren europäischen Partnern und Verbündeten, um auf koordinierte Weise die Aussicht auf ein Verbot der Einfuhr von russischem Öl zu prüfen", sagte Blinken am Sonntag.

Die politischen Diskussionen in Washington werden weiterhin von den Entwicklungen in der Ukraine bestimmt, wie unsere Washingtoner Kollegin Caitlin Hickey berichtet. Im Folgenden werden einige Maßnahmen der USA aus den letzten Tagen aufgeführt:

- Das Bureau of Industry and Security des Handelsministeriums hat neue Ausfuhrkontrollen angekündigt. Die erste Vorschrift baut auf den bereits bestehenden Beschränkungen für die russische Öl- und Gasexplorations- und -extraktionsindustrie auf, indem sie ähnlich strenge Beschränkungen für eine Vielzahl von Gütern anwendet, wie sie bereits für die Öltraffination angewendet werden. Mit der zweiten Regel werden 91 neue Unternehmen/Institutionen in die so genannte Entitätenliste aufgenommen, da sie mit den russischen Sicherheitsdiensten, dem Militär- und Verteidigungssektor und damit verbundenen Aktivitäten in Verbindung stehen.

- Die Ausfuhrkontrollen für Schlüsseltechnologien, die am 24. Februar 2022 eingeführt wurden, werden nun auch auf Belarus ausgedehnt, da dieses Land die Aktionen Russlands unterstützt.

- Das Justizministerium hat die behördenübergreifende Task Force KleptoCapture eingerichtet, um die von den USA und ihren Verbündeten verhängten Sanktionen, Exportkontrollen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen durchzusetzen.

- Sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus haben Gesetzesentwürfe eingebracht, die darauf abzielen, Russland den Status der Meistbegünstigung zu entziehen, wodurch die Zölle auf russische Importe im Wesentlichen erhöht würden. Andere Gesetzesvorschläge würden den USA die Einfuhr von russischem Rohöl, Erdöl, Erdölprodukten, Flüssiggas und Kohle verbieten.

Zum Thema Öl-Handel hat das Office of Foreign Asset Control am Wochenende neue FAQs veröffentlicht. Hier ein Auszug:

Mein Unternehmen befördert russisches Öl zum Verkauf in die Vereinigten Staaten und in Drittländer. Kann ich weiterhin Öl russischen Ursprungs transportieren oder verkaufen, ohne gegen die Sanktionen gemäß der Executive Order (E.O.) 14024 zu verstoßen?

Ja. Im Allgemeinen sind energiebezogene Aktivitäten - einschließlich des Kaufs, Verkaufs oder Transports von Öl, Gas oder anderen energiebezogenen Produkten russischen Ursprungs durch US-Personen oder Nicht-US-Personen - gemäß E.O. 14024 weiterhin zulässig. Der Energiesektor der Wirtschaft der Russischen Föderation selbst ist nicht

Gegenstand umfassender Sanktionen. Gezielte Verbote oder Beschränkungen können jedoch für bestimmte energiebezogene Geschäfte mit bestimmten russischen Personen im Rahmen anderer Sanktionsbehörden gelten, wie z.B. das Verbot bestimmter Geschäfte mit russischen Unternehmen, die den gemäß E.O. 13662 erlassenen Richtlinien unterliegen.

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) hat weitreichende Sanktionen gegen Personen verhängt, die im Finanzdienstleistungssektor der Wirtschaft der Russischen Föderation tätig sind oder waren (siehe FAQ 966). Um das Ausmaß zu begrenzen, in dem diese Sanktionen gegen den Finanzdienstleistungssektor energiebezogene Transaktionen behindern können, erteilte das OFAC die Russland-bezogene Allgemeine Lizenz (GL) 8A, die es US-Personen gestattet, energiebezogene Transaktionen mit den in der GL 8A genannten sanktionierten russischen Finanzinstituten abzuwickeln. Die GL 8A läuft am 24. Juni 2022 um 12:01 Uhr östlicher Tageszeit aus, sofern sie nicht verlängert wird (siehe FAQs 976, 977, 978 und 999).

Die im Rahmen der L 8A genehmigten energierelevanten Transaktionen umfassen Zahlungen im Zusammenhang mit einer Vielzahl von vor- und nachgelagerten Tätigkeiten, einschließlich der Gewinnung, Produktion, Raffinierung, Verflüssigung, Vergasung, Wiederverdampfung, Umwandlung, Anreicherung, Herstellung, des Transports oder Kaufs von Energie für die Einfuhr aus oder die Ausfuhr nach Russland sowie die Finanzierung, Be- oder Entladung im Zusammenhang mit solchen Prozessen (siehe FAQ 977).

[Frequently Asked Questions - Newly Added | U.S. Department of the Treasury](#)

Zu den neu von den USA sanktionierten Unternehmen gehört auch die staatliche russische Eisenbahngesellschaft. Die Eisenbahngesellschaft ist nicht in vollem Umfang von den Sanktionen betroffen, es handelt sich hauptsächlich um finanzielle Einschränkungen. Der Zugang der Gesellschaft zu den Finanzmärkten ist eingeschränkt, man kann zum Beispiel nicht mehr mit ihren Aktien handeln. Es handelt sich jedoch nicht um ein vollständiges Einfrieren von Vermögenswerten, so dass es weiterhin möglich ist, mit der Russischen Eisenbahn Geschäfte zu machen. Mehr dazu:

[The EU sanctions on Russia explained, what is still possible? | RailFreight.com](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Heute keine Meldungen

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Dow Jones

Metro hält Stores in Ukraine offen - Russland-Geschäft läuft weiter

Der Großhandelskonzern Metro versucht in der Ukraine, trotz des russischen Angriffskriegs zur Unterstützung der Bevölkerung seine Märkte offen zu halten und plant auch keinen Rückzug aus Russland.

Wie ein Unternehmenssprecher mitteilte, unternehmen die 3.400 Mitarbeiter in der Ukraine "enorme Anstrengungen", um die 26 Stores dort in Betrieb zu halten, die Öffnung werde täglich basierend auf der Sicherheitslage vor Ort durch das lokale Management entschieden. Zudem habe der Lebensmittelgroßhändler mit dem Partner UN World Food Programme als Soforthilfe einen ersten Konvoi mit Lebensmitteln und Wasser und anderen Hilfsgütern in Wert von 1 Million Euro in die Ukraine geschickt. Zudem unterstützten Metro-Angestellte über Hilfsfonds, Sachspenden und Notunterkünfte ihre fliehenden Kollegen und ihre Familien. Metro Ukraine erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 740 Millionen Euro Umsatz.

In Russland betreibt Metro 93 Märkte und beschäftigt gut 10.000 Mitarbeiter in Großhandel und Belieferung für 2,5 Millionen kleine Händler und Restaurants. Der Konzern trage diesen Menschen gegenüber eine Verantwortung, niemand von ihnen trage "eine persönliche Verantwortung für den Krieg gegen die Ukraine". Deshalb habe Metro entschieden, "an dem Russland-Geschäft festzuhalten". Der Umsatz betrug zuletzt 2,4 Milliarden Euro bzw. 10 Prozent am Gesamtumsatz; der bereinigte operative Gewinn (EBITDA) mit 197 Millionen Euro etwa 17 Prozent des Konzern-EBITDA.

Tagesschau

Visa und Mastercard stoppen Russland-Geschäft

Visa und Mastercard setzen als Reaktion auf den Ukraine-Krieg ihre Geschäfte in Russland vorübergehend aus. Für russische Bürger dürfte sich damit der Zahlungsverkehr im Alltag erschweren. Russlands größte Bank spricht lediglich von "Einschränkungen". Es ist ein Schritt, der viele russische Bürger und Ausländer in Russland treffen wird: Die beiden weltgrößten Kreditkartenanbieter Visa und Mastercard stellen ihre Geschäfte in Russland ein. Der Prozess soll einige Tage in Anspruch nehmen. Danach würden in Russland ausgestellte Karten nicht mehr im Ausland funktionieren. Kreditkarten, die von Finanzinstituten außerhalb des Landes ausgestellt wurden, könnten dann in Russland nicht mehr eingesetzt werden, heißt es. Visa-Chef Al Kelly erklärte, er bedauere zwar die Auswirkungen auf Kunden, Partner, Händler und Karteninhaber. Doch der Konzernchef betonte: "Dieser Krieg und die anhaltende Bedrohung des Friedens und der Stabilität erfordern, dass wir darauf im Einklang mit unseren Werten antworten." Auch Mastercard bedauerte den Schritt und kündigte an, die rund 200 Mitarbeiter in Russland weiter zu bezahlen und - sobald angemessen und rechtlich möglich - den Betrieb wieder aufzunehmen.

Die beiden Kreditkarten-Riesen kommen damit einer Forderung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj nach: Er hatte diesen Schritt am Samstag bei einer Videokonferenz mit US-Abgeordneten gefordert. Außerdem drängte Selenskyj darauf, Importverbote für russisches Öl und Gas zu verhängen. Das aber lehnt die US-Regierung bislang ab. In einem Telefonat zwischen US-Präsident Joe Biden und Selenskyj begrüßten beide die Entscheidung von Visa und Mastercard.

Russlands größte Bank - die Sberbank - versuchte nach der Ankündigung der beiden US-Unternehmen zu beruhigen. Ihre Kunden seien weiterhin in der Lage, Bargeld abzuheben und Überweisungen zu tätigen. Die mit dem Logo "Mir" versehenen Geldkarten sollen den Angaben zufolge auch noch weiter in der Türkei, in Zypern und in einigen anderen Ländern funktionieren, hieß es. "Mir" ist ein Zahlungssystem der russischen Zentralbank. Auch bei Zahlungen innerhalb Russlands in Geschäften, im Online-Handel oder bei Überweisungen werde die Abschaltung von Visa und Mastercard keine Auswirkungen haben, teilte die Sberbank weiter mit. Die Bankgeschäfte könnten unabhängig von den internationalen Systemen erledigt werden, hieß es. Zahlungen im Ausland würden "eingeschränkt". Die Bank ist noch nicht mit Sanktionen belegt. Wer im Ausland lebe, solle jedoch jetzt noch die Möglichkeit nutzen, Geld abzuheben oder größere Ausgaben zu bezahlen.

Mastercard und Visa führten 2020 laut dem Fachblatt "Nilson Report" Dreiviertel der Zahlungsvorgänge mit Debit- und Kreditkarten in Russland durch. Schon jetzt wickeln die beiden Unternehmen keine Transaktionen mit Banken mehr ab, die mit internationalen Sanktionen belegt sind.

Mit Informationen von Julia Kastein, ARD-Studio Washington

[Süddeutsche Zeitung](#)

Zertrümmerte Lebenspläne

Der Westen zwingt die russische Wirtschaft in die Knie, nie zuvor wurde ein Land so schnell so konsequent isoliert. Das ist wichtig - sollte aber verbunden bleiben mit der Chance auf einen Neuanfang.

Russland stehen dunkle Zeiten bevor. Die westliche Allianz hat Wladimir Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine mit einem Donnerschlag ohne historisches Vorbild beantwortet. Es ist ein offener Krieg mit finanziellen Mitteln, der Russlands Wirtschaft, der öffentlichen Infrastruktur und der Zivilgesellschaft in ungeahntem Ausmaß schaden wird. Mehr als 1000 einzelne Sanktionen hat der Westen seit Kriegsbeginn verhängt, gegen Putin und sein Umfeld, gegen Oligarchen und russische Konzerne, gegen Geldinstitute, die Notenbank und das gesamte Finanzsystem des Landes. Nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Land so schnell und konsequent isoliert.

Bei allen Schlupflöchern, bei allen Schwierigkeiten, sie kurzfristig durchzusetzen: Diese Sanktionen haben einen wirtschaftlichen Lockdown zur Folge. Der Kreml hat über Nacht den Zugang zu den Kapitalmärkten verloren, das gilt auch für die meisten russischen Unternehmen. Die russische Zentralbank kann über einen Großteil ihrer Reserven von etwa

630 Milliarden Dollar nicht mehr verfügen. Der Geldverkehr mit Russland ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Moskauer Börse blieb die ganze Woche geschlossen. Russisches Öl findet kaum noch Abnehmer. Mit einer drastischen Leitzinserhöhung auf 20 Prozent und Kapitalkontrollen versuchen Putin und die Notenbank verzweifelt, den Rubel zu stützen.

Wie eine Sturzflut strömen seit Kriegsbeginn außerdem die Nachrichten herein, welche großen Konzerne und Marken ihr Russlandgeschäft einstellen. Aus moralischer Überzeugung - oder weil sie schlicht kein Geschäft mehr machen können. Daimler, BMW und DHL sind dabei, Visa und Mastercard, die Ölkonzerne BP, Shell und Exxon, Flugzeughersteller, Maschinenbauer, Dienstleister, ein Querschnitt durch die Wirtschaft der freien Welt. Ikea: hat alle russischen Filialen geschlossen. Apple: verkauft in Russland nichts mehr. Facebook, Twitter, die App-Stores: von Moskau gesperrt. Oracle und SAP, die wichtigsten Anbieter von Datenbank- und Abrechnungssoftware, stellen den Betrieb ein. Russlands Wirtschaftsleistung dürfte um einen zweitstelligen Prozentbereich einbrechen. Und das öffentliche Leben, so wie die Russen es kannten und pflegten, wird zum Erliegen kommen.

Putins Überfall auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf das eigene Volk

So zertrümmern die Sanktionen auch die Lebenspläne vieler Bürger. Hunderttausende Russen haben seit Kriegsbeginn ihre Arbeit verloren oder werden sie noch verlieren, vielen wird zumindest der Lohn gekürzt. Die Schlangen vor den Geldautomaten sprechen für sich. Kreditkarten funktionieren nicht mehr, der Kreml beschränkt Überweisungen ins Ausland, Dollar oder Euro gibt es kaum noch. Ungezählte Fachkräfte und Akademiker wollen das Land verlassen oder sind schon ausgewandert, in eine ungewisse Zukunft. Hauptsache, sie sind weg aus Putins Russland.

Putins Überfall auf die Ukraine ist also auch ein Angriff auf das eigene Volk. Der Preis für einen Einmarsch würde hoch sein, das hatte ihm der Westen klargemacht. Diesen Preis zahlen jetzt vor allem die russischen Bürger, von denen viele Putin und seinen Krieg ablehnen. Das aber ist ohne Alternative: Russische Soldaten töten Menschen in der Ukraine; der wirtschaftliche Gegenschlag kommt dagegen ohne Explosionen und Blutvergießen aus. Und es ist noch Munition da: Es gibt Vertraute Putins, die noch nicht sanktioniert sind; ein Importstopp für Öl und Gas aus Russland wäre möglich. Man sollte auch über Visa-Erleichterungen für russische Arbeitnehmer nachdenken, um ihnen eine Brücke zu bauen in ein Leben außerhalb von Putins Diktatur.

All das sollte schrittweise ausgeweitet werden, allein schon, um die Finanzierung des Krieges zu erschweren. Es gibt zwar Anzeichen, wonach sich Russland künftig stärker in Richtung China orientiert. Das wird aber nicht helfen, den Sanktionsschock zu überwinden, und es wird ihn kaum kompensieren können. Am Ende bleibt zu hoffen, dass die wirtschaftliche Katastrophe Russlands auch zum Debakel für Putin und seinen Machtapparat wird. Und dass in einem Russland nach Putin wieder Platz ist für eine offene, international vernetzte Gesellschaft. Diese offene Gesellschaft zu fördern, das muss der Westen den Russen jetzt glaubhaft anbieten. Die harten Sanktionen müssen verbunden sein mit dem Versprechen, dass es einen Neuanfang geben kann.

Handelsblatt

Russlands Wirtschaft: Die Sanktionen treffen das Land mit voller Wucht

Geschlossene Geschäfte und Werke: An vielen Stellen wirken die Sanktionen bereits. Doch von einem Kollaps ist Russland noch weit entfernt.

Der Frauentag am 8. März ist den Russinnen heilig. Und Blumen gehören unbedingt dazu. Doch viele Russinnen werden sie am kommenden Dienstag nicht bekommen können, da sie entweder viel zu teuer geworden sind oder schlicht nicht geliefert wurden.

Schon vorige Woche haben sich die Preise für importierte Blumen verdreifacht, geht aus den Daten von Flowwow hervor, einer russischen Internethandelsplattform, der 6000 Blumenhändler im Land angeschlossen sind. Einige Sorten können wegen des über Europa gesperrten Luftraums und des Stopps russischer Fluggesellschaften gar nicht mehr geliefert werden.

Die Blumenkrise ist nur ein Symbol, wie schwer die Folgen von Wladimir Putins Überfall auf die Ukraine und die deshalb verhängten harten Sanktionen jetzt Russland treffen. Seit dem Wochenende haben viele weitere westliche Unternehmen ihr Geschäft dort eingestellt. Kurz zuvor war es noch zu langen Warteschlangen vor Läden von Ikea, H&M, Zara und anderen gekommen.

Andere – wie Apple – hatten schon vorher ihre Läden geschlossen. Autokonzerne wie Volkswagen, Mercedes, BMW, General Motors und Volvo Trucks stellten die Einfuhr von Fahrzeugen ein. VW, Hyundai und Renault haben die Produktionen in ihren Werken in Kaluga, St. Petersburg und Moskau gestoppt.

Dabei arbeitet Renault sogar eng mit dem russischen Autokonzern AwtoWaz zusammen. Das könnte die ausländischen Investoren jetzt zusätzlich zum ohnehin schon durch das Anhalten ihrer Fabriken entstandenen Schaden schwer treffen: Am Freitagabend verkündete der für Wirtschaft zuständige Vizepremier Andrej Beloussow, dass Unternehmen, die ihre Produktion einstellen und Personal entließen, „vorsätzlichen Bankrott“ begingen.

Putin: Land profitiert vom Abzug ausländischer Firmen

Der russische Staat werde in diesen Fällen eingreifen. Putins früherer Wirtschaftsberater deutete an, dass diese stillgelegten Produktionsanlagen zwangsweise wieder hochgefahren werden könnten oder im Zuge beschleunigter Insolvenzverfahren an andere Interessenten verkauft werden könnten.

Ausländische Firmen, die ihre Beteiligungen russischen Partnern übertragen, dürften später nach Russland zurückkehren, fügte Beloussow hinzu. Zuvor hatte Putin schon behauptet, sein Land profitiere vom Abzug ausländischer Firmen: Wer Russland verlasse, schade sich vornehmlich selbst, „aber uns natürlich auch. Wir müssen dann ein paar Projekte verschieben und neue Kompetenzen erlernen.“

Aber das werde Russland tun. Er nannte die Sanktionen eine Kriegserklärung an Russland und forderte, „keinerlei Beschränkungen einzuführen“. Damit zielte er auf Diskussionen ab, auch den Kauf von russischem Erdöl und Erdgas einzustellen.

Von einheimischen Unternehmern hatte Putin bereits verlangt: „Seien Sie patriotisch!“, berichtete einer der Teilnehmer einer Runde von etwa 40 Chefs staatlicher und privater Großkonzerne am Tag des russischen Einmarschs in der Ukraine, dem 24. Februar.

Ihnen sei klargemacht worden, ihre Unternehmen am Laufen zu halten, auch wenn es betriebswirtschaftlich momentan unsinnig sei. Auch Investoren in russische Anleihen werden jetzt getroffen: Putin ordnete an, Zinszahlungen künftig in Rubel statt in ausländischen Währungen vorzunehmen.

Private Auslandsüberweisungen: Beschränkung auf 5000 Dollar

Allerdings können nicht in Russland ansässige Anleger mit Rubel nichts anfangen. Und aus Russland dürfen Dollar und Euro von Unternehmen nicht mehr in Länder überwiesen werden, die Russland mit Sanktionen belegt haben. Private Auslandsüberweisungen wurden auf 5000 Dollar monatlich beschränkt, Bargeld darf nur noch in Höhe von 10.000 Dollar mitgeführt werden.

Die vorzeitige Auflösung von Fremdwährungskonten wird jetzt mit Strafzinsen belegt. Banken sollen laut einer Zentralbank-Anweisung die Zinsen für Konten in Rubel auf mindestens 20 Prozent anheben, um den seit Tagen anhaltenden Sturm auf die Guthaben zu stoppen. Die Zentralbank hatte nach dem Überfall auf die Ukraine den Leitzins von 9,5 auf 20 Prozent angehoben.

Denn das russische Finanzsystem wird durch die westlichen Sanktionen hart getroffen: Die Landeswährung Rubel rutscht auf immer neue historische Allzeittiefs. Die im Ausland lagernden Zentralbankreserven wurden eingefroren, große russische Banken sanktioniert und teilweise vom internationalen Zahlungssystem Swift abgeschnitten.

All dies hat bereits zu heftigen Reaktionen in Russland geführt: Immer wieder bilden sich lange Schlangen vor Geldautomaten und Bankschaltern. Das Bezahlen mit Apple Pay oder Google Pay, das in Russland sehr beliebt ist, ist weitgehend unmöglich. Die Kreditkartenanbieter Visa und Mastercard stellen ihre Dienste für russische Klienten jetzt auch ein.

Russische Lebensmittelhändler führen inzwischen Maximalmengen für die Abgabe von Grundnahrungsmitteln ein – angeblich, um kommerzielle Zwischenhändler auszuschalten. Russische Fluggesellschaften wie „Pobeda“ und „Aeroflot“ haben alle Auslandsflüge eingestellt.

Airbus und Boeing stellen Wartung russischer Flugzeuge an

Einige ihrer Maschinen können nicht mehr nach Russland zurück – denn westliche Rückversicherer haben Policen gekündigt. Westliche, zumeist irische Leasinggesellschaften untersagen die weitere Nutzung ihrer Maschinen. So war eine Boeing 777 der russischen Airline „Nordwind“ in Mexiko gestrandet.

In Russland gibt es laut Fjodor Borissow vom Transportinstitut der Höheren Schule für Wirtschaft in Moskau 980 größere Maschinen. Davon seien 777 Flugzeuge geleast, 515 davon bei ausländischen Leasinggesellschaften. Airbus und Boeing haben zudem die Wartung von Flugzeugen in Russland eingestellt.

Derweil steigt die Nachfrage nach höherwertigen Gütern sprunghaft an: „Wir verwalten nur noch ein Defizit“, sagt der Gründer der Elektronikhandelskette DNS, Dmitri Alexejew. Die Nachfrage nach Elektrogeräten habe sich fast verdoppelt, und das, obwohl die Preise schon um mindestens 40 Prozent angezogen hätten. Und Nachschub kommt kaum noch.

Auch Gebrauchtwagenpreise sind stark gestiegen – da viele Russen ihre Rubel in Sachwerte anlegen wollen. Immobilienkredite wurden weitgehend gestoppt. Viele Mitarbeiter russischer Werbeagenturen haben bereits ihre Jobs verloren, da Google Ads, der zweitgrößte Werbeanbieter in Russland, seine Arbeit dort eingestellt hat.

Auch russische Produzenten leiden: Er lasse in Russland Textilien produzieren, berichtet Iwan Chochlow von der Modemarke „12Storeez“, doch da er Stoff und andere Waren importiere – nach eigenen Angaben 80 Prozent der benötigten Materialien –, werde er die Preise stark erhöhen müssen.

Ein Hersteller von Stühlen für Gamer in Russland berichtete dem russischen Portal „The Bell“, dass ausländische Kunden in Deutschland und England den Vertrieb seiner Waren eingestellt hätten. Sie wollten nichts mehr mit Russland zu tun haben. Er versuche nun, seine Produktion nach China oder Zypern zu verlagern und seinen Firmensitz in die USA, „damit meine Firma nicht mehr mit Russland assoziiert wird und ich mein Unternehmen retten kann“.

Gesamtwirtschaftlich rechnet Stanislaw Muraschow, Makroanalytiker bei der Raiffeisenbank in Moskau, in diesem Jahr mit einer zweistelligen Inflationsrate und einer Rezession: Um drei bis fünf Prozent werde die russische Wirtschaft einbrechen.

Mit einem völligen Kollaps der Wirtschaft oder des Finanzwesens rechnet indes Sofia Donez, Chefökonomin der russischen Investmentbank Renaissance Capital, nicht: Solange die Öl- und Gasexporte liefen, flössen monatlich 25 bis 30 Milliarden Dollar nach Russland – und diese Deviseneinnahmen müssen zu 80 Prozent in Rubel getauscht werden, um den Verfall der Landeswährung zu stoppen.

„Die Hauptfrage ist nun, ob es auch noch zum Stopp von Importen aus Russland kommt“, meint Ökonomin Donez im Hinblick auf die Öl- und Gaseinfuhren durch den Westen. Genau dies forderten Demonstranten am Sonntag auf dem Berliner Bebelplatz, die gegen Putins Krieg in der Ukraine mobilisierten.

8. Hilfsaktionen

Die Europäische Kommission arbeitet weiterhin auf allen Ebenen daran, humanitäre und Katastrophenschutzhilfe für die Ukraine und ihre Nachbarländer bereitzustellen. Da der Bedarf exponentiell ansteigt, werden über die [rescEU](#)-Lager in Deutschland, Ungarn und den Niederlanden weitere medizinische Hilfsgüter in der Ukraine zur Verfügung gestellt. Die rescEU-Hilfe umfasst Beatmungsgeräte, Infusionspumpen, Patientenmonitore, Masken und Kittel, Ultraschallgeräte und Sauerstoffkonzentratoren. Wie von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, hat die Europäische Kommission außerdem logistische Zentren für den Katastrophenschutz in Polen eingerichtet. Weitere Logistikzentren werden in Rumänien und der Slowakei etabliert, um die benötigte Hilfe so schnell wie möglich an die Ukraine zu verteilen. Diese Zentren werden dazu beitragen, die Hilfe zu kanalisieren, die von 27 europäischen Ländern – darunter Deutschland – über das [EU-Katastrophenschutzverfahren](#) bereitgestellt wird. Die EU unterstützt auch weiterhin die Nachbarländer, die bereits über eine Million Vertriebene aus der Ukraine aufgenommen haben.

Griechenland, Österreich und Deutschland haben der Slowakei Masken, Desinfektionsmittel, Bettzeug, Zelte und Kleidung zur Verfügung gestellt. Außerdem sind Teams von EU-Katastrophenschutzexperten auf dem Weg nach Moldawien und Polen, um die Behörden zu unterstützen. Hilfe aus den Niederlanden, Frankreich und Griechenland wurde am 3. März über das EU-Katastrophenschutzverfahren an die Republik Moldau geliefert, während schwedische, dänische, finnische und kroatische Hilfe unterwegs ist.

Aufruf des Ost-Ausschusses zu Jobangeboten für ukrainische Flüchtlinge in den Nachbarländern

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns haben in den letzten Tagen zahlreiche **Anfragen unserer Mitgliedsunternehmen zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in benachbarten Partnerländern** erreicht. Viele Mitgliedsunternehmen möchten **den geflüchteten ukrainischen Arbeitnehmern mit einer Jobmöglichkeit z. B. in Polen, Moldau, Slowakei, Rumänien und Ungarn** helfen.

Hierbei stellen sich derzeit zahlreiche rechtliche Fragen bezüglich der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, die in fünf Ländern unterschiedlich geregelt sind. Wir hoffen auf eine schnelle europäische Lösung.

Unser Präsidium unterstützt diese Maßnahmen der Mitgliedsunternehmen per Beschluss vom 1. März 2022 und hat dafür in unserer Geschäftsstelle eine **Koordinationsstelle** eingerichtet. Wir bereiten die entsprechenden Informationen für Sie auf, stehen für Erstanfragen zur Verfügung und stellen die Verbindung zu Ansprechpartnern zur Verfügung. Ansprechpartner hierfür ist:

Adrian Stadnicki
Regionaldirektor Mitteleuropa
030 206167 138
a.stadnicki@oa-ev.de

Mein Unternehmen, die Wilo Gruppe, wird in Polen unseren ukrainischen Angestellten auf diese Art und Weise helfen wollen.

Beste Grüße

Oliver Hermes
Vorsitzender
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Lebensmittel

BMEL: Der Aufbau der Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine läuft auf Hochtouren. Das Ministerium erstellt gerade Funktionsadressen, weitere Personalstellen sowie eine Internetseite, die spätestens Anfang nächster Woche verfügbar sein wird. Auch in der Aufbauphase dieser Plattform sind wir bereits aktiv und unterstützen nach Kräften einen effizienten Ablauf der ersten Hilfslieferungen. Sie können die Koordinierungsstelle kontaktieren unter: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de. Die Telefonnummern werden in Kürze eingerichtet.

Medizinische Güter

Vorliegende Bedarfslisten der UA Seite wurden an die German Health Alliance weitergeleitet. Unternehmen können auf Grundlage dieser Liste lieferbare Produkte an die Ukrainische Botschaft in Berlin weiterleiten. Dort unterstützt man dann mit Logistik bis zur PL Grenze und in der Ukraine.

Kontakt: Petya Hristova, P.Hristova@oa-ev.de; Stefan Kägebein, S.Kaegelbein@oa-ev.de

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

* Was werden wir tun? *

In dieser Phase konzentriert sich die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

* Wer verwaltet das Hauptquartier? *

Andriy Yermak, Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, wird zum Chef des Stabes ernannt.

Yulia Sokolovska, stellvertretende Leiterin des OPU für Soziales und Gesundheit, übernimmt die Verantwortung für die operativen Prozesse.

Daria Zarivna, Beraterin der OPU-Leiterin für Kommunikation, ist für die Informationsunterstützung zuständig.

Es ist einfach, uns zu kontaktieren:

Anfragen zur Unterstützung von Militärverwaltungen und Gemeinden können hier gestellt werden:

Kosenko.msp@gmail.com

Große ukrainische Unternehmen können uns hier schreiben:

koord.shtab.2022@gmail.com

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier: [@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Auf folgenden gemeinsamen Hilfsaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an info@rotary-platz-der-republik.berlin eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Die **Deutsche Bank** bietet Unternehmen ihre Unterstützung an und hat eine Informationssseite zu Osteuropa erstellt. Dazu heißt es von Seiten der Deutschen Bank: Wir unterstützen die Entscheidungen der Bundesregierung und ihrer Bündnispartner und werden die Sanktionen konsequent umsetzen. Unser Mitgefühl ist mit den Menschen in der Ukraine.

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](https://www.deutsche-bank.de)

Weitere Links von Initiativen:

[#StandWithUkraine – MitOst](https://www.mitost.de)

[Gastfreundschaft Ukraine | elinor.network](https://www.elinor.network)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://www.supportukrainenow.org)

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

